

Steffen Kotré

- (A) mit staatlichem Geld hier bei uns einkaufen – in deutsche Mittelständler, in Technologieführer, in andere Unternehmen –, dann besteht die Gefahr, dass Know-how abgesaugt wird, dann besteht die Gefahr, dass wir Patente verlieren, Technologie verlieren, und dann fehlt uns das hier in Deutschland. Das würde ich nicht so gerne beiseitewischen. Wenn wir darauf bestehen, dass das nicht passiert, hat das auch nichts damit zu tun, dass wir Direktinvestitionen hier in Deutschland behindern. Wenn es sich um Schlüsseltechnologien handelt, in die ausländische Unternehmen investieren, um an Know-how ranzukommen, dann verliert unsere Volkswirtschaft wertvolles Vermögen. Wenn es sich um kritische Infrastruktur handelt, dann besteht die Gefahr, dass wir abhängig werden. Wir müssen uns da schon darum kümmern, dass hier kein Ausverkauf stattfindet.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen uns natürlich die Instrumente schaffen, die das verhindern. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie ein solches Instrument, das jetzt in der Diskussion steht, eigentlich nicht haben wollen. Aber da sage ich: Nein, ein solches Instrument ist durchaus sinnvoll. Es ist noch nicht alles; aber es ist durchaus sinnvoll, dass hier die Eingriffsschwellen gesenkt werden und der Staat auch früher intervenieren kann.

Jetzt haben Sie Angst davor, dass ausländisches Kapital ausbleibt; aber das sehe ich nicht. Das sehe ich auch in anderen Ländern nicht. Dort gibt es freien Kapitalverkehr, dort gibt es einen attraktiven Investitionsmarkt, und es gibt gleichzeitig auch einen konsequenten Schutz strategischer Industrien. Schauen Sie in die USA: Dort funktioniert es ja. Und nein, staatliche Intervention zur Verhinderung unerwünschter Investitionen darf nicht Ultima Ratio sein; es sollte Standard sein. Selbstverständlich müssen wir entsprechende Definitionen auf den Weg bringen, was eine unerwünschte Investition ist, das ist völlig klar; aber trotzdem sollte es ein Standard werden.

- (B) Diese Definition, von der ich gerade sprach, hat es nicht gegeben. Die Bundesregierung hat es ja bisher abgelehnt, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir unsere Volkswirtschaft in diesem Bereich schützen. Die Bundesregierung, so mein Eindruck, ist nicht willens, deutsche Interessen in diesem Bereich ausreichend zu vertreten.

(Beifall bei der AfD)

Es scheint der Bundesregierung auch egal zu sein, wenn hier der Ausverkauf deutscher Schlüsseltechnologien anfängt. Der Kollege hat KUKA erwähnt – das beste Beispiel dafür –: Ein führender Roboterentwickler ist, ich sage mal so, geopfert worden. Und folgerichtig hat die Bundesregierung in ihrer ignoranten Art in der Drucksache 19/4216 auch geschrieben, dass sie ausländische Investitionen in strategischen Bereichen nicht verbieten will. Angeblich stünde dem auch hier wieder das Grundgesetz entgegen. Aber das ist falsch. Das Grundgesetz ist für uns Deutsche gemacht. Ich weiß, das wollen nicht alle hier im Saal hören; es ist aber so, und – da kann sich Frau Merkel auf den Kopf stellen – das bleibt auch so.

(Beifall bei der AfD)

(C) Schauen wir doch mal woanders hin: In den USA gibt es das Committee on Foreign Investments in the United States. Dort wird aktiv daran gearbeitet, Know-how-Abfluss zu verhindern; da sind viele Ministerien und Fachbereiche involviert. Im Gegensatz dazu findet das bei uns so nicht statt: Unsere Gremien sind schwerfällig und passiv. Wir fordern hier ein gleichwertiges Gremium, welches unsere Interessen in diesem Bereich wirklich schützt.

(Beifall bei der AfD)

Aber Strukturen müssen natürlich mit Leben erfüllt werden. Das heißt, wir müssen interessengeleitet vorgehen, und wir müssen diesen scheinbar – mir scheint es manchmal so – krampfhaften Internationalismus endlich ablegen. Eine Prise Patriotismus kann dabei nicht schaden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

An diesem Punkt fordere ich die Bundesregierung auf, entsprechende Kriterien aufzustellen, wonach strategische Schlüsselindustrien und -branchen und kritische Infrastrukturen erst mal identifiziert werden. Wir fordern dann natürlich auch dazu auf, dass entsprechende Investitionen in diese Bereiche unterbunden werden.

(Michael Theurer [FDP]: Da müssen Sie unserem Antrag zustimmen, weil das steht so drin!)

Wir brauchen kein zweites KUKA-Fiasko.

(Beifall bei der AfD)

(D) Zu diesem Thema gehört auch, dass einige ausländische Unternehmen in Verruf geraten sind. Es gibt Hinweise, dass Telekommunikationsunternehmen Geräte liefern, die unsere Daten ausspionieren. Auch da erwarte ich Konsequenz von der Bundesregierung, dass sie endlich aus dem Dornröschenschlaf erwacht und unsere Volkswirtschaft entsprechend schützt; denn das ist eine Frage der Souveränität und der Selbstbestimmung, und diese Frage wollen wir einfach in unserem Sinne beantwortet wissen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank. – Als Nächstes hat das Wort der Kollege Markus Töns, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Markus Töns (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, Herr Houben, erst mal eine Frage: Was haben Sie gegen das „Steigerlied“?

(Reinhard Houben [FDP]: Nichts!)

Ich kann Ihre Aufregung gar nicht verstehen.

(Reinhard Houben [FDP]: Ich habe mich nicht aufgeregt!)

Markus Töns

- (A) In dem schönsten Stadion Deutschlands, das in meiner Heimatstadt steht, wird das vor jedem Heimspiel gesungen, und da singen dann nicht nur Sozialdemokraten, da singen 60 000 Menschen. Ich finde, das ist eine schöne Sache; das gehört dazu. Ich habe nichts gegen das „Steierlied“.

(Beifall bei der SPD – Michael Theurer [FDP]: Wenn Sie den Kollegen Houben richtig verstanden hätten: Das war keine Kritik an der SPD, sondern an der CDU!)

Es geht in dieser Frage um zwei Sachen: Es geht erstens um Deutschlands Rolle als Wirtschaftsstandort. Unternehmer aus unterschiedlichen Teilen der Welt sind wirtschaftlich in Deutschland tätig; das finden wir gut, und das soll auch so bleiben. Und es geht zweitens – das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt; das ist mir besonders wichtig – um den Schutz von Menschen, die in Deutschland kritische Infrastruktur nutzen. Damit sind zum Beispiel eine gesicherte Wasserversorgung, ein funktionierendes Stromnetz und auch der öffentliche Personennahverkehr gemeint. Auch hier muss der Staat genauer hinsehen; darauf werde ich später noch eingehen.

Aber zunächst zu Deutschlands Rolle als Wirtschaftsstandort. Immer mehr ausländische Unternehmer entscheiden sich, sich wirtschaftlich in Deutschland zu betätigen. Das ist auch ein Zeichen des Vertrauens, vor allem in das Know-how deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

- (B) (Beifall bei der SPD)

3 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung; auch deshalb sind ausländische Investitionen eine Bereicherung für Deutschland. Soweit stimmen wir übrigens mit der FDP überein. Für uns Sozialdemokraten zeigt sich hier aber auch: Unsere sozialen Rechte sind eben kein Wettbewerbsnachteil. Im Gegenteil: Ausländische Unternehmer entscheiden sich bewusst für Deutschland als Investitionsstandort mit einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft und sozialer Sicherung. Das muss an dieser Stelle mal klar gesagt werden.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Houben [FDP]: Da haben wir ja auch nichts dagegen, Herr Kollege!)

In meiner Heimatstadt – das ist vielleicht ganz interessant – gehören ausländische Direktinvestitionen übrigens zur Stadtgeschichte. Jedes Kind in Gelsenkirchen kennt heute den Namen Thomas Mulvany, ein irischer Ingenieur und Unternehmer, der 1855 in Gelsenkirchen die Zeche Hibernia abgeteuft hat; so nennt man das im Bergbau. So wie Mulvany damals die neueste Technik für den Stollenbau aus England mitgebracht hat, können ausländische Direktinvestitionen auch heute neue Entwicklungen ankurbeln. Mulvany ist – um das auch zu sagen – seit mehr als 100 Jahren Ehrenbürger meiner Stadt.

Ich möchte noch mal betonen: Deutschland ist und bleibt offen für ausländische Investitionen. Das ist auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

die in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung arbeiten. (C)

(Reinhard Houben [FDP]: Sehr richtig!)

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen aber auch – das ist wichtig, Herr Houben –, dass es Bereiche gibt, bei denen wir genauer hinschauen müssen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt: dem Schutz der kritischen Infrastruktur. Gemeint sind Waren und Dienstleistungen, die für unser tägliches Zusammenleben unentbehrlich sind. Die Außenwirtschaftsverordnung in Verbindung mit dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI-Gesetz, bietet eine klare Definition hierfür. Dazu gehören zum Beispiel Strom- und Wasserversorgung, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten und auch Hochtechnologie. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass diese Dinge zuverlässig verfügbar sind. Ich will es ganz deutlich sagen: Es geht nicht um den Schutz von Wasserrohren und Stromleitungen; es geht um den Schutz der Menschen in diesem Land und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deshalb hat das Wirtschaftsministerium übrigens schon 2017, damals unter der Führung der SPD, genau die richtigen Grundlagen geschaffen. Wir haben 2017 überhaupt erst eine Meldepflicht für Übernahmen im Bereich der kritischen Infrastruktur eingeführt. Das geht auf die Initiative der sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Gabriel und Zypries zurück. Darauf baut die jetzige Bundesregierung auf, indem sie eine Absenkung der Aufgreifschwelle prüft. Wir sind froh, dass sich Herr Altmaier die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zum Vorbild nimmt; das ist übrigens immer eine gute Idee, sich Sozialdemokraten zum Vorbild nehmen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn die FDP hier von einer Abriegelung gegen ausländisches Kapital spricht, ist das schlichtweg falsch, Herr Houben. Es geht hier doch darum, dass die Bundesregierung in einem Bereich prüft, der für unser Gemeinwesen unglaublich wichtig ist. Das ist kein Protektionismus, wie Sie das sagen. Hier muss die FDP erkennen, dass der Markt eben nicht alles regelt und dass wir einen staatlichen Prüf- und Regulierungsrahmen brauchen. Teile der FDP haben das übrigens auch erkannt und fordern seit Monaten eine Absenkung der Prüfschwelle auf 10 Prozent. In dem Antrag, über den wir heute sprechen, haben Sie diese Forderung abgeräumt. Stattdessen geht es Ihnen nur noch um die Meldepflichten. Das ist doch ein Formelkompromiss Ihrer Fraktion. Die Mutigen in der FDP haben sich dabei wohl nicht durchgesetzt.

(Reinhard Houben [FDP]: Die haben sich in der Fraktion nicht gemeldet!)

Neben den Bemühungen auf nationaler Ebene müssen wir auch europäisch stärker zusammenarbeiten, wenn es um kritische Infrastruktur geht. Wir haben in der EU seit mehr als einem halben Jahrhundert keine abgeschotteten nationalen Volkswirtschaften mehr. Wir haben einen gemeinsamen Binnenmarkt, und das ist gut so. Deshalb ist es nur konsequent, dass wir auch einen gemeinsamen Rahmen für die Prüfung ausländischer Direktinvestitionen

Markus Töns

(A) tionen haben. Es ist richtig, dass die Bundesregierung zusammen mit europäischen Partnern den Vorstoß gemacht hat, dass wir uns europäisch stärker koordinieren. Auch das geht auf die Initiative sozialdemokratischer Wirtschaftsminister zurück und ist ein Beispiel für gute deutsch-französische Zusammenarbeit. Aktuell läuft das Gesetzgebungsverfahren dazu auf europäischer Ebene.

Bevor ich zum Schluss komme, noch ein Wort zu Ihnen, Herr Kotré: KUKA ist nun wirklich kein gutes Beispiel dafür; denn es hat keine Investitionsinteressen deutscher Unternehmen bzw. deutscher Investoren bei KUKA gegeben. Die Kanzlerin hat sich darum bemüht; aber es gab sie schlichtweg nicht.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Ich wiederhole noch einmal: Erstens. Deutschland ist und bleibt offen für ausländische Investitionen. Zweitens. Wir müssen unsere kritische Infrastruktur wirksam schützen. Drittens. Indem wir diese beiden Ziele vereinen, grenzen wir uns klar von protektionistischen Tendenzen ab.

WTO-rechtswidrige Schutzzölle, wie sie die USA aktuell erheben, wird es in der EU nicht geben. Unser Konzept ist Investitionsoffenheit plus Besonnenheit. Ausländische Direktinvestitionen heißen wir willkommen. Und wir prüfen dort, wo es um die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in Deutschland geht. Ich denke, das ist eine vernünftige Leitschnur für unsere Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

Zum Abschluss: Glück auf!

(B) (Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Als Nächstes für die Fraktion Die Linke der Kollege Pascal Meiser.

(Beifall bei der LINKEN)

Pascal Meiser (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer mehr Menschen machen sich auch hierzulande zu Recht Sorgen darüber, was eine rücksichtslose Globalisierung mit ihnen und ihrem Leben macht. Diese Sorgen sollten wir ernst nehmen.

Doch worüber macht sich die FDP in dem vorliegenden Antrag Sorgen? Sie sorgt sich, dass ausländische Investoren auch weiterhin möglichst ungestört tun und lassen können, was sie wollen. Das ist doch absurd, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir uns einmal die Fakten an: Die Zahl der Unternehmensübernahmen durch ausländische Investoren ist in Deutschland in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Immer öfter geraten dabei auch sensible Infrastruktur und Schlüsseltechnologien ins Visier der Investoren. Und immer mehr Beschäftigte sorgen sich, was mit ihnen und ihren Arbeitsplätzen passiert, wenn stra-

tegische Unternehmensentscheidungen künftig irgendwo im fernen New York oder in Shanghai getroffen werden. (C)

(Frank Schäffler [FDP]: Immer die gleiche Leier!)

Ich kann diese Sorgen gut verstehen – gleich ob es sich um einen Heuschreckenfonds aus den USA oder um einen chinesischen Staatsfonds handelt. Ja, ausländische Investitionen, die hier Arbeitsplätze schaffen und zum Wohlstand der Mehrheit in unserem Land beitragen, sind auch uns als Linke herzlich willkommen; aber wir müssen Instrumente schärfen, mit denen der Staat dort einschreiten kann, wo solche Investitionen eine Bedrohung für diesen Wohlstand oder gar für die Sicherheit und Ordnung in unserem Land darstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen begrüßen wir es als Linke, wenn es jetzt auf verschiedenen Ebenen zumindest vorsichtige Initiativen gibt, ausländische Investitionen besser zu kontrollieren. Dabei ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, die grundsätzliche Schwelle, ab der eine solche Kontrolle überhaupt möglich ist, abzusenken – zumindest auf eine Beteiligung von 10 Prozent der Stimmrechte. Wenn es um Investitionen in zentrale Bereiche unserer Infrastruktur geht – um den Energie-, IT- und, ja, auch um den sensiblen Telekommunikationsbereich –, dann muss wegen der besonderen Relevanz dieser Investitionen künftig jedwede Beteiligung überprüft werden.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, hat übrigens ja auch die CSU in Bayern im Wahlkampf gefordert und sogar im Bundesrat beantragt. Ich bin sehr gespannt, was davon in der Bundesregierung jetzt umgesetzt wird oder ob das einmal mehr nur Wahlkampfgetöse war, wie wir es von der CSU schon kennen. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Bernhard Loos [CDU/CSU]: Ja, ja, die CSU ist die beste Partei überhaupt!)

– Ich lasse mich gerne überraschen – auch positiv.

Doch ich sage Ihnen auch: Dabei dürfen wir es nicht belassen. Die Instrumente der Investitionskontrolle müssen künftig auch dazu genutzt werden, Unternehmen und deren Beschäftigte bei Bedarf vor sogenannten Heuschreckenfonds zu schützen – Fonds, die nach dem Motto „Kaufen, Plündern, Wegwerfen“ agieren und über gut laufende Unternehmen herfallen.

Ein aktuelles Beispiel, das Sie alle kennen dürften, ist der Automobilzulieferer Neue Halberg Guss. Dieser Automobilzulieferer wurde im Januar dieses Jahres vom Großinvestor Prevent aus Bosnien aufgekauft. Dieser Investor verfährt immer wieder nach dem gleichen Muster: Erst kauft er gutlaufende Zulieferbetriebe auf, um dann die Preise von einem auf den anderen Tag in die Höhe zu treiben. Damit lassen sich kurzfristig massive Extraprofite machen. Doch sobald der Abnehmer abspringt, werden die Werke ihrem Schicksal überlassen oder gleich geschlossen.